

Beschlussempfehlung an die Stadtverordnetenversammlung

Informationsfreiheitsgesetz

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne
- 101.17.564 -

Berichtersteller/-in: Stadtverordneter Oberbrunner

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, die Realisierung einer Informationsfreiheitsgesetz für die Stadt Kassel zu prüfen. Neben dem Anspruch der Bürgerinnen/Bürger auf freien Zugang zu Informationen betreffend den eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel, sollen auch berechnigte Interessen Dritter an Geheimhaltung/ Nichtveröffentlichung sowie eine angemessene Deckung der entstehenden Verwaltungskosten berücksichtigt werden. Bei der Prüfung sollen mögliche Intentionen des Landesgesetzgebers bezüglich der Verbesserung der Informationsfreiheit berücksichtigt werden.

➤ **Geänderter gemeinsamer Antrag**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, die Realisierung einer Informationsfreiheitsgesetz für die Stadt Kassel zu prüfen. Neben dem Anspruch der Bürgerinnen/Bürger auf freien Zugang zu Informationen betreffend den eigenen Wirkungskreis der Stadt Kassel, sollen auch berechnigte Interessen Dritter an Geheimhaltung/ Nichtveröffentlichung sowie eine angemessene Deckung der entstehenden Verwaltungskosten berücksichtigt werden. Bei der Prüfung sollen mögliche Intentionen des Landesgesetzgebers bezüglich der Verbesserung der Informationsfreiheit berücksichtigt werden.

Es wird gebeten, bis zum Frühjahr 2013 ein Ergebnis im Ausschuss vorzulegen.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten gemeinsamen Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.17.564, wird **zugestimmt**.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1.) Satz 1 des gemeinsamen Antrages der Fraktionen SPD und B90/Grüne erhält folgenden Wortlaut:

„Der Magistrat der Stadt Kassel wird beauftragt, **bis zum Sommer 2013 den Entwurf einer Informationsfreiheitssatzung der Stadt Kassel vorzulegen.**“

2.) Der Beschlusstext wird um folgenden 2. Satz ergänzt:

„**Die Vorlage 101.17.390, geänderter Antrag des Stadtverordneten Bayer, ist dabei zu berücksichtigen.**“

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten, FDP

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 1 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum gemeinsamen geänderten Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.17.564, wird **abgelehnt**.

Der Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke, Piraten

Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU, FDP

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Ziffer 2 des Änderungsantrages der Fraktion Kasseler Linke zum gemeinsamen geänderten Antrag der Fraktionen der SPD und B90/Grüne betr. Informationsfreiheitssatzung, 101.17.564, wird **abgelehnt**.

Petra Friedrich
Vorsitzende

Cenk Yildiz
Schriftführer